

Annika Franzetti

Konfliktstrukturen und Protestkulturen

Zum Themenschwerpunkt in diesem Heft

Arabischer Frühling, Occupy-Bewegung, Anti-Atom-Demonstrationen, Stuttgart 21 und schließlich Demonstrationen gegen die Bistumsreform im Bistum Augsburg – in den vergangenen zwei Jahren haben große wie kleine Protestbewegungen für Aufsehen gesorgt. Ihre gesellschaftliche Relevanz zeigt sich nicht nur in ihren Ausmaßen, ihrer Konstanz und ihren offensichtlichen Folgen, sondern auch in der medialen Aufmerksamkeit. Sie repräsentieren polarisierte Konflikte, die sich an die Öffentlichkeit richten und in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Das gilt für die Beispiele mit globaler Reichweite ebenso wie für Konflikte auf nationaler Ebene. Konflikte, die deutlich über die zwischenmenschlichen privaten Grenzen hinausreichen, durchdringen über die Massenmedien die Öffentlichkeit.

Durch das Aufeinanderprallen zweier Fronten tun sich Konfliktlinien auf, die die Medienlogik ausgezeichnet bedienen:

- 1) Konflikte mit klaren Konturen lassen sich vereinfacht darstellen, weil sie sich auf zwei Seiten reduzieren lassen;
- 2) Konflikt ist ein Nachrichtenwert an sich und bedient überdies weitere wichtige Nachrichtenwerte wie beispielsweise Negativismus, Relevanz, Schaden;
- 3) wo sich klare Linien ziehen lassen, wo Positionen polarisieren, gibt es oft die Möglichkeit zur Personalisierung und Emotionalisierung.

Um diese Komponenten der Medienlogik wissen in der Regel auch die Konfliktparteien, wenn sie um mediale Aufmerksamkeit buhlen. Ob die Bistumsreform in der Diözese Augsburg, Stuttgart 21 oder die Anfänge von Occupy in New York und später u. a. in Frankfurt – keiner dieser Konflikte wäre ohne mediales Interesse über lokale Grenzen hinaus bekannt und ausgefochten geworden. Das liegt sicherlich unter anderem daran, dass jeder dieser Konflikte einen öffentlich wirksamen Ausdruck in Aufbegehren und Protest fand – nicht irgendeiner der Konfliktparteien, sondern der scheinbar Macht- und Einflusslosen. In Stuttgart protestierten Bürger und Opposition

gegen Beschlüsse der Landesregierung¹ und Wirtschaft; in New York und Frankfurt demonstrierten Bürger gegen die Macht der Banken; in Augsburg wandten sich katholische Laien unterstützt von einigen Geistlichen gegen die Bistumsleitung. Kurz: Ohne die Massenmedien ist die Wahrnehmung eines Konfliktes in der (gesamtgesellschaftlichen oder gar globalen) Öffentlichkeit kaum noch vorstellbar und ohne diese Wahrnehmung ist die öffentliche Austragung und Ausweitung eines Konfliktes unmöglich. So viele Ähnlichkeiten öffentlich bzw. medial ausgetragene Konflikte auch vereinen mögen, so viele Unterschiede zeichnen sie aus: in Protestformen, in gesteckten und erreichten Zielen, in Reaktionen der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger. Konfliktstrukturen wirken, so scheint es, auf Protestkulturen und vermutlich auch umgekehrt.

Communicatio Socialis hat verschiedene Autoren gebeten, Konfliktstrukturen und Protestkulturen aus der jüngeren Vergangenheit aus ihrer Perspektive zu beleuchten und dabei auch die Rolle der Medien kritisch zu hinterfragen. Den Auftakt macht Jeffrey Wimmer, der sich aus kommunikationstheoretischer Sicht mit dem Thema Protest befasst und (mediale) Gegenöffentlichkeiten in den Mittelpunkt seines Beitrags stellt. Mareille Landau und Reiner Wilhelm, Mitarbeiter der bischöflichen Hilfsorganisation Adveniat, berichten von ihren Erfahrungen aus Chile, wo sie die Studentenproteste seit Mitte 2011 mitverfolgt haben. Achim Wörner hat als Leiter der Lokalredaktion der „Stuttgarter Zeitung“ über Stuttgart 21 berichtet und die aufgeheizte Stimmung auch unter den Lesern miterlebt. Er setzt sich mit der Rolle seiner Zeitung in diesem Konflikt auseinander.

Josef Bruckmoser, Leiter des Ressorts Wissenschaft, Gesundheit, Religion bei den „Salzburger Nachrichten“, schildert die Protestbewegung österreichischer Pfarrer. Und Bernhard Sutor, emeritierter Professor für Politische Bildung und Christliche Soziallehre der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und lange Jahre Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, analysiert den Konflikt um Reformen in der katholischen Kirche. Ergänzt wird dieses Spektrum an Berichten durch einen Standpunkt von *Communicatio Socialis*-Redakteur Ferdinand Oertel über eine publizistische Debatte innerhalb der Monatszeitschrift „Stimmen der Zeit“.

1 Als die Proteste 2010 begannen war Baden-Württemberg von CDU und FDP regiert, die damalige Regierung hatte das Vorhaben mitgetragen. Bei der Landtagswahl 2011 nahmen die Wähler der Union nach sechs Jahrzehnten die Regierungsverantwortung. Seither wird das Land von einer Grün-Roten Koalition regiert.